Kleine Anfrage zur kurzfristigen schriftlichen Beantwortung
gemäß § 46 Abs. 2 GO LT
mit Antwort der Landesregierung

Anfrage der Abgeordneten Verena Kämmerling (CDU)

Antwort des Niedersächsischen Ministeriums für Wissenschaft und Kultur namens der Landesregierung

Rolle Niedersachsens bei der Kernfusionsforschung sowie bei Standortentscheidungen für entsprechende Großprojekte (Teil 3)

Anfrage der Abgeordneten Verena Kämmerling (CDU), eingegangen am 20.03.2026 -
Drs. 19/10186,
an die Staatskanzlei übersandt am 24.03.2026

Antwort des Niedersächsischen Ministeriums für Wissenschaft und Kultur namens der Landesregierung vom 07.04.2026

Vorbemerkung der Abgeordneten

Im Nachgang zur Antwort des Ministeriums für Wissenschaft und Kultur vom 4. März 2026 in der Drucksache 19/10012 auf eine Kleine Anfrage zur schriftlichen Beantwortung mit dem Titel „Warum ist Niedersachsen der Allianz zur Kernfusionsforschung nicht beigetreten?“ ergeben sich Nachfragen zur grundsätzlichen strategischen Ausrichtung der Landesregierung im Bereich der Kernfusionsforschung.

1. Welche Maßnahmen hat die Landesregierung gegebenenfalls bislang ergriffen, um Niedersachsen als Standort für Großprojekte im Bereich der Energietechnologien oder der Hochtechnologie zu positionieren?

Eine zentrale Grundlage für die Positionierung Niedersachsens als Standort für Großprojekte im Bereich der Energietechnologien und Hochtechnologie bildet die leistungsfähige Energieforschung im Land. Diese ist insbesondere im Energieforschungszentrum Niedersachsen (EFZN) gebündelt, das als zentrale Plattform die Kompetenzen von Hochschulen und Forschungseinrichtungen vernetzt und den Transfer in die Praxis stärkt. Besondere Stärken liegen in den Bereichen erneuerbare Energien, Wasserstoff, Energiesysteme und Speichertechnologien. Mit der laufenden Förderung des Forschungsprogramms Transformation des Energiesystems Niedersachsen (TEN.efzn) in Höhe von rund 58 Millionen Euro baut das Land diese Forschungs- und Innovationsstrukturen gezielt weiter aus und schafft damit auch eine wesentliche Grundlage für die Ansiedlung und Umsetzung großer Zukunftsprojekte.

Bei der konkreten Entwicklung zukunftsweisender Energietechnologien und Hochtechnologie liegt ein besonderer Schwerpunkt der Landesregierung auf dem beschleunigten Aufbau einer leistungsfähigen Wasserstoffwirtschaft und der konsequenten Unterstützung des entstehenden Wasserstoff-Kernnetzes. Niedersachsen ist das Land mit der höchsten Dichte an geplanten Leitungen und besitzt strategische Standortvorteile durch Seehäfen, Energieimportterminals, Speicherinfrastrukturen und hohe Einspeisekapazitäten erneuerbarer Energien. Die Bundesnetzagentur hat in Niedersachsen rund 1 800 km Wasserstoffleitungen im Kernnetz bestätigt. Davon entfallen rund 800 km auf Vorhaben, die über das europäische IPCEI-Programm gefördert werden. Für diese Projekte stellt das Land Niedersachsen rund 70 Millionen Euro an Landesmitteln im Rahmen der Bund-Länder-Kofinanzierung bereit.

Die Förderung des Wasserstoff-Kernnetzes bildet eine wesentliche Voraussetzung für die erfolgreiche Umsetzung großer energie- und industriewirtschaftlicher Projekte in Niedersachsen. Nur durch

eine früh verfügbare, europäisch vernetzte Transportinfrastruktur können sich Unternehmen verlässlich für Investitionen in Wasserstoffproduktion, -import, -umwandlung und -nutzung entscheiden. Dies gilt gleichermaßen für Ansiedlungen in der Stahl-, Chemie- und Grundstoffindustrie sowie für neue Projekte im Bereich Hochtechnologie, die auf klimaneutrale Energie angewiesen sind.

Neben der Förderung des Wasserstoff-Kernnetzes hat die Landesregierung weitere Maßnahmen ergriffen, um Niedersachsen als Standort für Großvorhaben zu stärken. Dazu zählen die aktive Unterstützung beim Aufbau strategisch wichtiger Energieimportinfrastrukturen in den niedersächsischen Seehäfen, insbesondere für LNG- und perspektivisch Wasserstoffderivate, Genehmigungsbeschleunigung und eine enge Begleitung von Großprojekten.

Mit diesen Maßnahmen schafft die Landesregierung die Voraussetzungen dafür, dass energieintensive Großinvestitionen, innovative Technologien und neue industrielle Wertschöpfungsketten in Niedersachsen realisiert werden können. Das Land positioniert sich damit konsequent als zentrale Drehscheibe der Energiewende und als führender Standort für die Technologien von morgen.

2. Welche Maßnahmen gedenkt die Landesregierung gegebenenfalls künftig zu ergreifen, um Niedersachsen als Standort für Großprojekte im Bereich der Energietechnologien oder der Hochtechnologie zu positionieren?

Die Landesregierung wird die bereits beschriebenen Maßnahmen zur Stärkung Niedersachsens als Standort für Großprojekte im Bereich der Energie und Hochtechnologien konsequent weiterentwickeln und ausbauen. Aufbauend auf den unter Frage 1 dargestellten Aktivitäten verfolgt die Landesregierung das Ziel, die Standortbedingungen Niedersachsens in den kommenden Jahren weiter zu verbessern und gezielt auf die Anforderungen neuer Großprojekte auszurichten.

Dabei wird die Landesregierung ein besonderes Augenmerk auf die Bereitstellung moderner Energie-, Forschungs- und Industrieinfrastrukturen legen. Ein zentraler Ansatzpunkt bleibt die wirtschaftlich und technisch zukunftsfähige Entwicklung des Wasserstoffstandorts Niedersachsen. Dies umfasst u. a. die Weiterentwicklung von Hafen und Importinfrastrukturen sowie die engere Verzahnung zwischen Industrie und Energiepolitik.

Im Bereich der Standortpolitik wird die Landesregierung zudem prüfen, inwieweit landesrechtliche und administrative Prozesse weiter vereinfacht, digitalisiert oder beschleunigt werden können, um große Investitionsvorhaben effizienter umzusetzen. Dies umfasst sowohl industriepolitische Instrumente als auch Maßnahmen der Planungs- und Genehmigungsbehörden. Ziel ist es, die im Rahmen der Antwort auf Frage 1 beschriebenen bisherigen Standortvorteile Niedersachsens weiter auszubauen und das Land dauerhaft als zentralen Investitions- und Innovationsstandort im Bereich der Energie- und Hochtechnologien zu etablieren.

Die Landesregierung setzt damit ihre Strategie fort, Niedersachsen zu einem der führenden Standorte für große energie-, technologie- und industriepolitische Zukunftsprojekte zu entwickeln und die Rahmenbedingungen so zu gestalten, dass Unternehmen und Forschungseinrichtungen langfristig Planungssicherheit und attraktive Investitionsmöglichkeiten vorfinden.

3. Welche Schritte plant die Landesregierung gegebenenfalls, um Niedersachsen künftig stärker in bundesländerübergreifende Initiativen oder Kooperationen im Bereich der Fusionsforschung einzubeziehen?

Niedersachsen war und ist kontinuierlich am Bund-Länder-Austausch Fusionsenergie des Bundesminsteriums für Forschung, Technologie und Raumfahrt (BMFTR) beteiligt. Die Landesregierung unterstützt in diesem Rahmen den Ansatz, dass sich die niedersächsischen Forschungseinrichtungen an thematisch fokussierten Ausschreibungen und bundesländerübergreifenden Kooperationen im Bereich der Fusionsforschung beteiligen können.